

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG VON CDU, ALW-GRÜNE UND FDP WEITERSTADT

CDU, ALW-GRÜNE und FDP wollen Ganztagsbetreuung an drei Grundschulen an den Landkreis übergeben – Beschäftigte sollen mitgenommen, Ferienbetreuung gesichert und soziale Härten vermieden werden!

Die Fraktionen von CDU, ALW-GRÜNE und FDP wollen die Schulkindbetreuung an drei Weiterstädter Grundschulen langfristig neu organisieren. In einem gemeinsamen Antrag für die Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2026 schlagen die drei Fraktionen vor, Gespräche über einen Übergang der Trägerschaft des „Pakts für den Ganzttag“ von der Stadt Weiterstadt auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg beziehungsweise dessen Betreuung DaDi gGmbH aufzunehmen. Ein möglicher Wechsel soll zum Schuljahr 2027/28 oder 2028/29 erfolgen. Hier würde man das Modell dann an alle übrigen 22 Kommunen in Darmstadt-Dieburg angleichen. Aktuell werden die Kosten mit 720.000 € beziffert.

Von den verlängerten Öffnungszeiten würde die Betroffenen von den Vorschlägen sind die Astrid-Lindgren-Schule in Braunshardt, die Carl-Ulrich-Schule in Weiterstadt und die Wilhelm-Busch-Schule in Schneppenhausen profitieren. An den übrigen Weiterstädter Schulen soll sich aufgrund ihrer jeweiligen Schulprofile nichts ändern.

„Wir wollen eine gute, verlässliche und langfristig tragfähige Ganztagsbetreuung für die Kinder in Weiterstadt. Dabei geht es uns nicht darum, von heute auf morgen Strukturen zu verändern. Wir wollen einen geordneten Übergang, bei dem die Interessen der Kinder, Eltern und Beschäftigten im Mittelpunkt stehen“, erklären die drei Fraktionsvorsitzenden Ina Dürr MdL (CDU), Dr. Barbara Pohl (ALW-GRÜNE) und Sascha Groß (FDP).

Hintergrund ist, dass für die Schulkindbetreuung der Landkreis Darmstadt-Dieburg als Schulträger zuständig ist. Bereits heute übernimmt die Betreuung DaDi gGmbH an zahlreichen Schulen im Landkreis die Trägerschaft; an weiteren Schulen sind anerkannte freie Träger der Jugendhilfe tätig. Die Kooperation CDU, ALW-GRÜNE und FDP wollen diese vorhandenen Strukturen und Erfahrungen künftig auch für Weiterstadt nutzen.

Keine Entscheidung ohne transparente Zahlen

Vor einer endgültigen Entscheidung wollen die drei Fraktionen allerdings zentrale Fragen geklärt wissen. Dazu gehören insbesondere die derzeitige Personalausstattung in Betreuung und Verwaltung, die Unterschiede zwischen dem „Weiterstädter Modell“ und den anderen Angeboten im Landkreis sowie die tatsächlichen Kosten der verschiedenen Betreuungszeiten. Ebenso soll dargestellt werden, welche Kostensteigerungen in den kommenden Jahren zu erwarten sind und welche zusätzlichen Verwaltungsaufgaben bei einer Fortführung der städtischen Trägerschaft entstehen würden.

„Bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird, brauchen wir vollständige Transparenz über Personal, Kosten und organisatorische Folgen. Es geht um eine Strukturentscheidung für viele Jahre. Deshalb wollen wir nicht auf Vermutungen, sondern auf belastbaren Zahlen entscheiden“, betonen die Fraktionen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Beschäftigten. Der Magistrat soll deshalb frühzeitig Gespräche mit den drei Schulleitungen, dem eingesetzten Personal und der

Betreuung DaDi gGmbH führen. Geprüft werden sollen unter anderem ein möglicher Betriebsübergang, die weitere Bereitstellung des bisherigen Personals durch die Stadt Weiterstadt oder Ausgleichszahlungen aufgrund der höheren Eingruppierung des städtischen Personals. Ziel sei es, möglichst viel Kontinuität für Kinder und Eltern zu erhalten und zugleich den Beschäftigten eine verlässliche Perspektive zu geben.

Familien finanziell nicht alleinlassen

Auch mögliche Elternbeiträge spielen für CDU, ALW-GRÜNE und FDP eine wichtige Rolle. Sollte es nach einem Trägerwechsel künftig Elternbeiträge geben, soll die Stadt ein Modell für Härtefallregelungen entwickeln. Damit soll verhindert werden, dass Kinder aus finanziellen Gründen nicht mehr am Ganztagsangebot teilnehmen können.

„Eine gute Ganztagsbetreuung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein. Sollte ein neues Trägermodell zu finanziellen Belastungen für Familien führen, wollen wir insbesondere diejenigen unterstützen, für die diese Beiträge eine echte Hürde darstellen würden“, erklären Dürr, Pohl und Groß.

Zugleich sprechen sich die drei Fraktionen ausdrücklich dafür aus, die bestehende Ferienbetreuung bis einschließlich Jahrgangsstufe acht an allen Weiterstädter Schulen mindestens im bisherigen Umfang fortzuführen.

Mit dem Antrag greifen CDU, ALW-GRÜNE und FDP auch Anregungen aus einer gemeinsamen Sitzung mit dem Fachforum des Bildungsbeirates auf. Vor der endgültigen Beschlussfassung wollen die Fraktionen für eine weitere Diskussion dem Fachforum zur Verfügung stehen.

„Unser Ziel ist kein Schnellschuss, sondern eine gute Lösung für Weiterstadt. Wir wollen die Kompetenz des Landkreises nutzen, gleichzeitig Bewährtes erhalten und den Übergang gemeinsam mit Schulen, Beschäftigten und Eltern gestalten. Entscheidend ist am Ende, dass die Qualität und Verlässlichkeit der Betreuung unserer Kinder gesichert sind“, so Dürr, Pohl und Groß abschließend.